

Regionalbund

standpunkt

DER WIRTSCHAFT

AZA 4410 Liestal

Standpunkt-Ausgabe Nr. 303 – 14. Jahrgang

EDITORIAL



Urs Berger
Landrat, Bereichsleiter
Berufsbildung der
Wirtschaftskammer
Baselland

Ungleichbehandlung abschaffen!

Eine Ungleichheit in unserer beruflichen Grundausbildung ist auf dem besten Weg, endlich abgeschafft zu werden: Mit 44 zu 22 Stimmen hat der Landrat am 9. Februar 2011 meine entsprechende Motion (2010/047) als Auftrag an die Regierung überwiesen. Diese Motion verpflichtet die Regierung, die bisher den Lehrfirmen aus den gewerblich-industriellen Berufen auferlegten Prüfungsgebühren endlich ersatzlos zu streichen. Diese Lehrfirmen erwarten denn auch, dass dieser Auftrag des Landrates durch entsprechende Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen rasch umgesetzt wird. Stossend an dieser Prüfungskosten-Belastung in Baselland ist einerseits der Umstand, dass einzelne andere Kantone diese Kosten nicht kennen bzw. bereits abgeschafft haben. Andererseits ist es eine eigentliche Ungleichbehandlung, dass diese Prüfungskosten – es geht um durchschnittlich 460 Franken pro Prüfung – nur den gewerblich-industriellen Berufen belastet werden, während diese Gebühren bei den kaufmännischen Berufen und bei jenen des Detailhandels bisher vom Kanton nicht erhoben worden sind. Diese Ungleichbehandlung der gewerblich-industriellen Branchen lässt sich mit nichts rechtfertigen.

Im Sinne der Gleichbehandlung aller Lehrbetriebe, aber auch zugunsten der Kostenreduktion für alle Baselbieter Lehrbetriebe und der nachhaltigen Sicherung der Ausbildungsbereitschaft der Baselbieter KMU gehört dieser «alte Zopf» endlich rasch abgeschafft. Es geht nicht an, dass viele gerade kleinere Gewerbebetriebe für ihr Engagement in der Berufsausbildung quasi noch «bestraft» werden. Ich bin zuversichtlich, dass die Regierung mit meiner Motion rasch vorwärts macht.

HEUTE IN DER

Gewerbezeitung

KERNENERGIE	1
Zufriedenheit aber kein Jubel nach der Mühleberg-Abstimmung.	
BERUFSBILDUNG	4
Eidgenössischer Fachausweis für bestandene KMU-Frauen.	
WIRTSCHAFT	6
Bürokratie und Überregulierung schaden dem Personalverleih.	

WEITERBILDUNG – Auch frisch Ausgelernte brauchen oft Informationen und Motivation.

Aufgabe für die gesamte KMU-Wirtschaft

Nicht nur in der Schweiz, sondern auch in vielen weiteren führenden Wirtschaftsnationen – allem voran in der EU – ist der Mangel an bestqualifizierten Fachkräften überdeutlich. Wer in der globalisierten Wirtschaft eine starke Stellung behaupten will, ist auf Fachleute aus allen Disziplinen und Bildungsstufen dringend angewiesen. So entwickelt sich im Europäischen Wirtschaftsraum in zunehmendem Masse ein eigentlicher Konkurrenzkampf in der Rekrutierung dieser Fachkräfte – nicht zuletzt in der Schweiz, die dank attraktiver Einstellungs- und Standortbedingungen ihre Fachleute zu einem guten Teil – noch – in Nachbarländern akquirieren kann.

Fundament für den KMU-Nachwuchs

Die Schweizer KMU-Wirtschaft kann und darf sich diesem Wettbewerb nicht entziehen. Für sie geht es dabei um das Halten und Ausbauen ihres innovativen und qualitativen Niveaus, das gerade bei einem starken Wechselkurs des Frankens «matchentscheidend» für den Exporterfolg ist. Ein weiterer wichtiger Punkt kommt hinzu: Nicht nur für die exportorientierten KMU, sondern auch in der Binnenwirtschaft geht es beim Bedarf nach topqualifizierten Fachkräften auch um den Nachwuchs der KMU-Wirtschaft selbst – konkret um den Erhalt eines überdurchschnittlich ausgebildeten und motivierten Fundaments an jungen Fachleuten,



Lehrverantwortliche sind die besten Motivatoren für Weiterbildung. BILD FOTOLIA

die einerseits die Kaderpositionen zum Beispiel in der Geschäftsführung oder in der Entwicklung, Konstruktion und in der Fertigung innerhalb eines KMU übernehmen. Es geht andererseits aber auch darum, den Fachkräfte-Nachwuchs heranzubilden, zu fördern und zu motivieren, auch eigene KMU zu gründen oder aber die Nachfolge bestehender KMU anzutreten. Angesichts der aktuellen Probleme, denen sich viele bestandene KMU in der Nachfolgeregelung gegenüber sehen, gewinnt dieser bisher eher

wenig beachtete Aspekt der Nachwuchsförderung eine wachsende Bedeutung. Dabei bietet die duale Berufsausbildung mit ihren attraktiven Weiterbildungsmöglichkeiten über die Berufsmatur und die Fachhochschule gerade zu diesem KMU-Nachwuchsthema ideale Voraussetzungen, um den generellen Fachkräftemangel, aber auch das Thema KMU-Nachwuchsförderung gezielt und pragmatisch anzugehen. Wo liegt dabei die Herausforderung für die KMU-Wirtschaft?

Weichen bereits im Elternhaus gestellt

Für die Wirtschaftskammer Baselland sowie die Berufs- und Branchenverbände in der Region gehört die duale Berufsausbildung seit jeher zu den Kernaufgaben. Daraus wurde vor 15 Jahren das einmalige Konzept der Berufsschau entwickelt, welche die Möglichkeiten und Vorzüge der Berufslehre jenen Jugendlichen näherbringt, die konkret vor der Berufswahl stehen. Allerdings stellen wir aber auch fest, dass der Wert der dualen Berufsausbildung und ihrer höchst attraktiven Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten bis hinauf in die Hochschulen viel früher thematisiert werden muss. Wenn Eltern durch ein verzerrt wiedergegebenes Image der Berufslehre nach wie vor überzeugt sind, nur der Weg übers Gymnasium und die Universität bzw. Hochschule bietet ihren Kindern eine gesicherte berufliche Zukunft, dann werden die entscheidenden Weichen eben viel früher gestellt. Diese Image-Problematik setzt sich in den Mittelschulen – Sekundar II bzw. Gymnasium – fort, wo die beruflichen Zukunftschancen der dualen Berufsausbildung als Basis für eine aussichtsreiche Zukunft nicht nur einen vergleichsweise geringen Stellenwert, sondern auch einen ungenügenden Bekanntheitsgrad haben. Die weiterhin vor allem vom Bund auch finanziell überdurchschnittlich geförderte

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

GEWERBEPARKKARTE – Trotz Differenzen wird nach wie vor eine regionale Lösung angestrebt.

Annäherung zwischen Behörden und Gewerbe

Eine gemeinsame, in beiden Kantonen geltende Gewerbeplatzkarte (nach neuer Sprachregelung «Handwerkerparkkarte») ist grundsätzlich möglich und wird von den involvierten Behörden aus Baselland und Basel-Stadt, den Gemeinden der stadtnahen Agglomeration und den Vertretern aus Gewerbe und Wirtschaft unterstützt, wie es in einer Medienmitteilung des Bau- und Verkehrsdepartementes Basel-Stadt vom 14. Februar 2011 heisst.

Zweite bikantonale Sitzung

Am 11. Februar 2011 habe unter der Leitung von Regierungsrat Hans-Peter Wessels zum zweiten Mal die bikantonale «Arbeitsgruppe Handwerkerparkkarte» in Liestal getagt. Die Delegation aus dem Kanton

Basel-Landschaft sei von Sicherheitsdirektorin, Regierungsrätin Sabine Pegoraro, angeführt worden. Weiter heisst es in der Medienmitteilung, dass seit der ersten Sitzung vom September 2010 in drei Kerngruppen die Themen Rechtliche Grundlagen in beiden Kantonen, Erwerbskriterien und Berechtigungen für eine Handwerkerparkkarte sowie Preis und Einnahmen-Verteilung unter den Partnern vertieft aufgearbeitet worden seien.

Wesentliche Differenzen noch nicht bereinigt

Die bikantonale Arbeitsgruppe habe die Resultate aus den Kerngruppen diskutiert und festgestellt, dass in den Detailfragen wie Erwerbskriterien, Berechtigungen und Preisge-

Eine gemeinsame Gewerbeplatzkarte soll Handwerksfirmen das unbeschränkte Parkieren in beiden Basel ermöglichen.



staltung noch Differenzen zwischen den involvierten Vertretungen der Behörden aus den beiden Kantonen und dem Gewerbe bestünden. Einigkeit hingegen bestehe darüber, dass eine regionale Lösung angestrebt werden soll, so dass künftig in beiden Kantonen eine gemeinsame Handwerkerparkkarte mit denselben Kriterien geschaffen werden könne. In einem weiteren Schritt gelte es nun, aus den teilweise unterschiedlichen Auffassungen mehrheitsfähige Kompromisse zu entwickeln. In einem weiteren Schritt würden die noch bestehenden Differenzen in Details nochmals in einer Kerngruppe bereinigt. Die bikantonale Ar-

beitsgruppe Handwerkerparkkarte habe für Ende April 2011 einen weiteren Sitzungstermin vereinbart.

Wirtschaftskammer weiterhin optimistisch

Die Wirtschaftskammer Baselland ist nach wie vor überzeugt, dass sich mit Kompromissbereitschaft auf allen beteiligten Seiten für beide Kantone letztlich eine akzeptable Lösung finden lässt, die das Grundanliegen einer gemeinsam gültigen, möglichst unbürokratisch erwerb- und preislich tragbaren Gewerbeplatzkarte erfüllt.

Christoph Buser, Landrat, Mitglied bikantonale Arbeitsgruppe

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Hochschulbildung verstärkt diese Situation.

Direkt «Betroffene» motivieren

Doch auch die KMU-Wirtschaft ist vermehrt gefordert, die Weiterbildungs- und Karrierechancen nach der dualen Berufsausbildung noch nachhaltiger zu vermitteln; in erster Linie den direkt «Betroffenen», sprich: jenen jungen Berufsleuten, die ihre Berufsausbildung eben erst erfolgreich abgeschlossen haben.

Diese jungen Berufsleute stehen denn auch oft vor der Frage: Wie geht es nun nach meiner bestandenen Lehrabschlussprüfung weiter? Selbstverständlich kann vom Lehrbetrieb nicht erwartet werden, dass er jeden seiner früheren Lernenden weiterbeschäftigt. Oft kommt auch eine gewisse «Schul- bzw. Lernmüdigkeit» hinzu. Und mancher frisch Ausgelernte möchte nach drei, vier anspruchsvollen Lehrjahren auch eine durchaus verständliche «Auszeit» nehmen und zum Beispiel durch Reisen den Horizont erweitern. Das ist auch sinnvoll, sofern daraus nicht eine «arbeitslose» Zeit mit offenem Ende wird, die gar noch mit Arbeitslosenunterstützung zusätzlich begünstigt wird.

Karriereplanung beginnt vor dem Lehrabschluss

Das heisst mit anderen Worten: Vor allem junge Berufsleute können in dieser Phase der Unsicherheit zur weiteren beruflichen Zukunft in erster Linie durch die Lehrverantwortlichen in den Lehrfirmen selbst sehr wirkungsvoll schon vor dem Ende der Lehre informiert und motiviert werden, sich über die Weiterbildung und Karriereplanung nach dem



Eine «Auszeit» nach der Lehre darf nicht Dauerzustand werden. BILD FOTOLIA

BERATUNG – Einfluss durch Lehrfirma gefragt. Weiterbilden statt «chillen»

Lehrabschluss Gedanken zu machen. Denn: Die Lehrverantwortliche im Lehrbetrieb geniessen bei ihren Lernenden in der Regel ein grosses Vertrauens- und Kompetenz-Potenzial, das zugunsten der Weiterbildung sehr sinnvoll eingesetzt werden kann und soll.

Neben den branchenbezogenen berufsbegleitenden Weiterbildungsmöglichkeiten etwa zum Meister steht dabei auch der Weg offen, die Berufsmatur nach dem Lehrabschluss während eines Jahres in einer Ganztagesessule zu absolvieren und danach den Schritt in die Fachhochschule, ja sogar in die Hochschule in Angriff zu nehmen.

Schwerpunkt der Berufsschau 2011

Diese sehr wichtige Aufgabe des Informierens und Motivierens zugun-

sten der Weiterbildung innerhalb der dualen Berufsausbildung wird auch an der **Berufsschau 2011, die vom 26. bis 30. Oktober 2011** wiederum im KUSPO Pratteln durchgeführt wird, erneut ein Schwerpunkt-Thema sein. Dabei geht es einerseits darum, den jungen Besucherinnen und Besuchern, die vor der Berufswahl stehen, die attraktiven Zukunftsperspektiven einer Berufslehre mit ihren Weiterbildung- und Aufstiegsmöglichkeiten näher zu bringen.

Es geht aber auch darum – ebenso wichtig –, die Eltern, die erfahrungsgemäss in grosser Zahl bereits mit ihren Primarschul-Kindern die Berufsschau besuchen, darin zu bestärken, dass eine Berufslehre mindestens ebenso grosse Zukunftschancen bietet wie der traditionelle akademische Bildungsweg.

Wie schon in früheren «Standpunkt»-Ausgaben zum Thema Berufsausbildung (u. a. «Standpunkt» Nr. 299 vom 21. Januar 2011) betont: Bei der Förderung der dualen Berufsausbildung ist es nicht das Ziel, den akademischen Bildungsweg zu kritisieren. Unser Land und unsere Wirtschaft – auch und gerade die KMU-Wirtschaft – brauchen bestausgebildete Fachkräfte aus allen Bildungsstufen und -disziplinen.

Alle sind gefordert

Es gilt vielmehr, den Wert der dualen Berufsausbildung gerade unter dem Aspekt der beruflichen Karriereplanung zu fördern und bekannter zu machen.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind deshalb alle Beteiligten gefordert: Die Bildungsbehörden und die Schulen, aber auch die KMU-Wirtschaft mit ihren Interessen- und Berufsverbänden und nicht zuletzt die kleinen und mittleren Unternehmen, allen voran die Lehrfirmen im Sinne der Information und Motivation ihrer Lernenden. Diese Aufgabe hat denn auch innerhalb des «KMU-Lehrbetriebsverbundes Baselland» der Wirtschaftskammer während der gesamten Lehrzeit einen sehr hohen Stellenwert.

Zur Förderung eines bestqualifizierten Berufsnachwuchses, aber auch des Nachwuchses junger KMU-Inhaberinnen und -inhaber ist es ein Erfordernis der Zeit, dass auch die KMU-Wirtschaft ihre Möglichkeiten wahrnimmt, jungen Berufsleuten den Weg in eine zukunftsgerichtete Planung ihrer Laufbahn aufzuzeigen und sie zur stetigen Weiterbildung zu motivieren.

Hans Rudolf Gysin, Nationalrat,
Direktor Wirtschaftskammer
Baselland

BASELBIETER LANDRAT

Baselland will Anerkennung als Universitätskanton

Baselland besteht darauf, vom Bund als Universitätskanton anerkannt zu werden: Der Basellbieter Landrat hat in seiner Sitzung vom 10. Februar einstimmig eine Standesinitiative beschlossen, mit der in Bern weiter Druck gemacht werden soll.

Der Kanton Basel-Landschaft ist seit 2007 zusammen mit Basel-Stadt Mitträger der Universität Basel. Im Gegensatz zu andern Kantonen, die finanziell weit weniger zum Schweizer Hochschulsystem beitragen, werde Baselland jedoch vom Bundesrat nicht als Universitätskanton anerkannt, monierten Regierung und Parlament.



Ungleichbehandlung von Baselland

So ist Baselland nicht Vollmitglied der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK). Andere Kantone hingegen, die keine Universität hätten, seien in diesem Gremium vertreten, hiess es. Der Bundesrat habe zwar auf das geplante neue Hochschulgesetz verwiesen, doch aus Basellbieter Sicht könnte die Anerkennung dann eher noch schwieriger werden.

Die beiden Basel verlangen die Anerkennung von Baselland als Uni-Kanton seit Jahren. Die Regierung von Basel-Stadt tat dies etwa auch in einer harsch formulierten Vernehmlassungantwort zum Hochschulgesetz des Bundes im Jahr 2008. (Quelle SDA.)

STANDORTFRAGE – Armee kämpft um Ansehen.

Ohne Sicherheit ist alles nichts!



Thomas Daum,
Direktor
Schweizer
Arbeitgeber-
verband.

Die Schweizer Armee kämpft um ihr Ansehen. Die Wirtschaft sollte dabei eines nicht vergessen: Die Armee ist nach wie vor die zentrale Sicherheitsproduzentin unseres Landes.

In den Ranglisten der schweizerischen Standortstärken liegen die Faktoren Sicherheit und Stabilität seit jeher auf den vorderen Plätzen. Ausdrücklich werden bei den entsprechenden Umfragen vor allem die politischen, sozialen und – neuerdings besonders prominent – finanziellen Verhältnisse in der Schweiz angesprochen, weil hier die Unterschiede zu vergleichbaren Staaten besonders ausgeprägt sind. Die Sicherheit im Sinne der Abwehr von interner und externer Gewalt und der Gewährleistung der schweizerischen Unabhängigkeit wird weniger thematisiert, obwohl sie das Funda-

ment eines gut funktionierenden Staats ist.

Sicherheit wird oft als gegeben vorausgesetzt

Auch bei manchen Vertretern der Wirtschaft geniessen sicherheitspolitische Fragen nicht die Aufmerksamkeit, die sie eigentlich verdienen. Seit dem Wegfall der konkreten Bedrohungserfahrung des Kalten Kriegs wird Sicherheit zu oft als gegeben vorausgesetzt und zu wenig als – international gesehen – nach wie vor

knappes Gut betrachtet. Die Erwartung einer «Friedensdividende» nach dem Fall des Eisernen Vorhangs stellte den Blick für die verbleibenden und neu auftauchenden Sicherheitsrisiken, die überdies viel schwieriger zu identifizieren waren und sind, als die Panzer des Warschauer-Pakts. Nine/Eleven sowie die zahlreichen Terroranschläge der letzten Jahre führten uns zwar die unmittelbaren Gefahren des gewaltbereiten politischen Extremismus vor Augen. Eine vertiefte und vor allem breite sicherheitspolitische Diskussion wurde dadurch aber nicht ausgelöst. Die Folgen dieser Entwicklung sind heute vor allem bei den Auseinandersetzungen um den Auftrag, die Aufstellung und die Ausrüstung der Armee zu besichtigen. Die Armee kann nicht mehr auf jenen breiten sicherheitspolitischen Konsens zählen,

der sie bis in die 80er-Jahre getragen hatte. Nachdem sie bei zahlreichen Entlastungsprogrammen grosse Sparbeiträge geleistet hat, wird sie nun zwischen weitreichenden Aufträgen und ungenügenden Mitteln zerrissen und stösst in diesem Dilemma auf wenig Verständnis in der Öffentlichkeit.

Im Gegenteil: Man lässt die Armee im Saft der sicherheitspolitischen Defizite schmoren und gibt sie der Lächerlichkeit vorhersehbarer Pannen preis. Das beschädigt natürlich auch ihr Ansehen bei den Unternehmen, für welche die Verbindung von militärischen und beruflichen Karrieren ohnehin nicht mehr so selbstverständlich ist, wie sie das einmal war.

Armee braucht auch personelle Ressourcen

Angesichts der drohenden Marginalisierung der Armee muss sich die Wirtschaft wieder ihrer elementaren Sicherheitsinteressen bewusst werden und nach dem Leistungsvermögen der schweizerischen Sicherheitskräfte fragen. Dann wird sie feststellen, dass anspruchsvolle oder langanhaltende Abwehr-, Sicherungs- und Rettungsaufgaben auch unterhalb der Kriegsschwelle nur von der Armee bewältigt werden können.

Sie ist mit ihren (noch vorhandenen) Mitteln die Sicherheitsproduzentin «of last resort» dieses Lands, um die sich die Wirtschaft kümmern und die sie auch mit personellen Ressourcen ausstatten muss. Auch wenn Sicherheit für die Wirtschaft nicht alles ist, ist doch ohne Sicherheit auch für die Wirtschaft alles nichts! Thomas Daum



Die Armee leistet auch für zivile Institutionen vielfältige wichtige Bewachungs-, Überwachungs- und Sicherungsaufgaben. BILD VBS

VERANSTALTUNGEN

Tischmesse Basel am 13. April 2011

Am 13. April 2011 findet zum 4. Mal die vom «Efficiency Club Basel» organisierte Tischmesse statt! Diese grösste «B2B-Messe» der Region wird wie gewohnt in der Premium Lounge im St. Jakob-Park präsentiert. In den Vorjahren konnten jeweils rund 150 Aussteller ihre Produkte und Dienstleistungen untereinander, aber auch den vielen Besuchern vorstellen. Wer sich einen Tisch für nachhaltige Geschäftskontakte sichern möchte, kann sich via Homepage der Tischmesse detaillierte Informationen holen oder sich gleich zur Teilnahme anmelden. Gegen 50 Firmen haben dies schon getan und sind somit sicher mit von der Partie.



LINK

www.tischmesse-basel.ch

IMPRESSUM

Herausgeber/Verlag:

Schweizerischer Gewerbeverband sgV,
Schwarztorstrasse 26, Postfach 8166, 3001 Bern,
Tel. 031 380 14 14 – verlag@sgv-usam.ch
Redaktion sgz: Schwarztorstrasse 26, 3007 Bern
Tel. 031 380 14 14 – redaktion@sgv-usam.ch

Regionalbund «Standpunkt»

Herausgeber: Wirtschaftskammer Baselland
■ Arbeitgeber Baselland ■ Unabhängiges Podium
für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft
Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96,
4410 Liestal

Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50

Internet: www.kmu.org

e-mail: standpunkt@kmu.org

Verantwortung: Hans Rudolf Gysin, Direktor

Redaktion/Umbruch: Edi Borer (ebo.)

Produktion: IWF, Postfach 633, 4410 Liestal

Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen

Adressänderungen:

Bitte an Wirtschaftskammer Baselland

e-mail: standpunkt@kmu.org

Abdruck von Textbeiträgen mit vollständiger Quellenangabe ist erlaubt.

PERSONENFREIZÜGIGKEIT

BL-Regierung gegen Lohndumping und Scheinselbständigkeit

Der Baselbieter Regierungsrat engagiert sich mit griffigen Massnahmen gegen Lohndumping und Schwarzarbeit. Ebenso geht er zusammen mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen entschieden gegen die Scheinselbständigkeit vor, mit denen die Gesamtarbeitsverträge und auch Vorschriften über Mindestlöhne, Arbeitszeiten und Sozialabgaben häufig umgangen werden.

Konsequente Baustellenkontrollen

Baustellen werden konsequent nach den Empfehlungen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) kontrolliert, schreibt die Regierung in einer Antwort auf eine Interpellation von Landrat **Andreas Giger**. Dieser hatte sich unter anderem nach den Massnahmen gegen die wachsende Scheinselbständigkeit erkundigt. Gemäss Regierung ist die Weisung des Seco seit 1. Januar 2011 in Kraft. Sie definiert, wann jemand selbständig oder unselbständig ist, gibt Leitlinien zur Überprüfung der Selbständigkeit vor und beschreibt die rechtlichen Bestimmungen und Sanktionen bei Verstössen gegen die Vorschriften. Zuständig für den Arbeitnehmerschutz mittels Kontrollen auf den Baustellen ist das Kantonale Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) in Zusammenarbeit mit den paritätischen Kontrollorganen der Sozialpartner.

Pionierkanton Baselland

Die flankierenden Massnahmen zum Schutz vor Lohndumping und Schwarzarbeit werden im Kanton Basel-Landschaft schon seit Beginn des freien Personenverkehrs am 1. Juni 2004 mit der EU konsequent umgesetzt. Gerade dank der rechtzeitigen Vorbereitung auf die Personenfreizügigkeit wurden die flankierenden Massnahmen im Baselbiet in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern von Anfang an mit griffigen Instrumenten durchgesetzt.

Im Rahmen mehrerer Leistungsvereinbarungen mit der Trägerschaft der Sozialpartner im Ausbaugewerbe – Zentrale Paritätische Kontrollstelle ZPK – hat der Kanton die Massnahmen laufend weiter entwickelt. So wird u. a. verlangt, dass Auftragnehmer ihre Selbständigkeit lückenlos dokumentieren. Wird bei einer schriftlichen Kontrolle oder vor Ort eine Scheinselbständigkeit festgestellt, werden die Fehlbaren konsequent sanktioniert. (Quelle RR BL)

LINK

www.zpkbl.ch

KMU FRAUEN BASELLAND

Jahresprogramm 2011

Für das Jahr 2011 sind für die KMU Frauen Baselland folgende Anlässe geplant. Die Mitglieder erhalten für die Anlässe rechtzeitig Einladungen mit allen notwendigen Detailinformationen.

Vollversammlung KMU-Frauen

Donnerstag, 24. Februar 2011, 18 Uhr, bei der EBM in Münchenstein

Fitness-Tag der KMU-Frauen

April 2011

Führung durch den Basler Zolli

Mai 2011

Sommerplausch

August 2011

Die KMU Frauen gehen mit ihren Partnern gemeinsam zum Fischen.

KMU Frauen beim Boxen

September 2011

An einer Mitgliedschaft bei den «KMU Frauen Baselland» interessierte Damen sind herzlich eingeladen, an einzelnen der oben aufgeführten Anlässen teilzunehmen und dabei die KMU-Frauen und ihre Tätigkeit in der Praxis unverbindlich kennenzulernen. Wir bitten jedoch um vorherige Anmeldung.

Weitere Auskünfte und Anmeldung:

Tel. 061 927 65 58 oder
kmu-frauen@kmu.org

POLITKOLUMNE

Mitgegangen – mitgefangen!

Wenns nach der EU-Kommission in Brüssel sowie einzelnen EU-Mitgliedsländern ginge, dann sollte das neue Jahr 2011 für die Schweiz eine Art «Jahr der Erkenntnis» werden. Gemeint ist die Einsicht, dass man mit dem bilateralen Nebeneinander allmählich ans Ende der Wegstrecke komme. «Diese Grenzen können sehr schnell erreicht werden, wenn die EU angesichts ihrer eigenen Probleme nicht mehr bereit ist, einzelnen Nichtmitgliedern spezielle Regeln zu gewähren», meint der Schweizer Wirtschaftsprofessor **Thomas Straubhaar** (54), seit 2005 Direktor des Welt-Wirtschaftsinstituts in Hamburg.

Er kenne keine Regierung in Europa, die nicht begeistert wäre, wenn die Schweiz in die EU möchte, meint Straubhaar: «Dies nicht nur, weil die Schweiz eine Nettozahlerin wäre und wegen der wirtschaftlichen Vorteile aller Beteiligten, sondern ganz sicher auch deshalb, weil dann ein weiteres Land mit einer reichen demokratischen Erfahrung mithelfen würde, auch institutionell die europäischen Strukturen zukunfts-fähiger zu gestalten.»

Das ist – mit Verlaub – eine ebenso vage wie naive Hoffnung. Am demokratischen Lehrmeister Schweiz ist die EU nachgewiesenermassen nicht im geringsten interessiert. Denn die letzten beiden Fälle von angewandter Volksherrschaft – die Zustimmung von Volk und Ständen zur Anti-Minarett-Initiative und zur Ausschaffungs-Initiative – lösten in Brüssel reflexartig Pfiu-Reaktionen aus, wie sie schon Österreich erdulden musste, als in Wien Jörg Haider's rechtsnationaler FPÖ die Regierungs-beteiligung ermöglicht wurde. Und Michael Reiterer,



Peter Amstutz ist akkreditierter Bundeshausredaktor. Er war lange Jahre Leiter der Bundeshausredaktion der BaZ.

Der Autor vertritt in dieser Kolumne seine persönliche Meinung.

seines Zeichens EU-Statthalter in Bern, plädiert bereits für die Verpflichtung der Schweiz, sich der künftigen EU-Rechtssprechung vorbehaltlos zu unterwerfen. Wenigstens dieser Zumutung von einer Seite, die der Schweiz bei jeder Abstimmungsgelegenheit den Vorrang des Völkerrechts unter die Nase reibt, zeigt Professor Straubhaar die rote Karte: «Wieso soll die Schweiz als autonomes Land eine Rechtssprechung übernehmen? Das widerspricht allen völkerrechtlichen Gewohnheiten.» Endlich verabschieden sollte man sich aber auch vom «Beitritts-Argument» sogenannter Euro-Turbos, nur wer EU-Vollmitglied sei, könne den Gang der Politik in Brüssel mitbestimmen.

Wie sieht es damit aus? Aufgrund der Bevölkerungszahl sässe im EU-Monsterparlament (Europäischer Rat) mit seinen 750 Sitzen exakt 16 schweizerische Abgeordnete (2,13 Prozent) – nicht einmal ein Parlamentarier pro Kanton! Rechnet man dieses Missverhältnis auf den Nationalrat in Bern um, dann ergibt das vier von 200 Sitzen, also nicht einmal Fraktionsstärke. Diese bescheidenste Parlamentspräsenz in einem Gremium, das zudem in der Aussen- und Sicherheitspolitik nichts zu sagen hat, ist wahrhaftig keine Verlockung zum EU-Beitritt. Die Schweiz wäre zwar mitgefangen mit allen Kostenfolgen, doch die vielgepriesene Mitbestimmung im Gremium von 28 Staaten bliebe zwangsläufig eine Illusion. Zudem werden nach neuem Lissaboner EU-Entscheidungsmechanismus die Stimmen der Mitglieder nach der Bevölkerungsstärke gewichtet, womit die Schweiz den letzten Rest von politischem Gewicht verliere. «Bern» soll beitreten, mitzahlen und mitreden, aber sicher nicht mitentscheiden: So sieht die unverfrorene Brüsseler Offerte für eine «Zukunft der Schweiz nach den Bilateralen» aus.

Demokratie nach Schweizer Art? Das Beispiel des Ständerats zeigt, wies gemacht werden müsste in der EU. Jeder Kanton hat – ungeachtet seiner Grösse und Bevölkerungszahl – zwei gleichwertige Ständesstimmen, Halbkantone eine. Zürich zählt nicht mehr als Appenzell Innerrhoden, das wiederum mit der Entscheidungskraft von Basel-Stadt oder Baselland mitbestimmt. So gehen gleichwertige Bündnispartner, die sich respektieren, miteinander um. Dass dies in Berlin oder Paris einleuchtet, bleibt eitle Hoffnung.

JUBILÄUM – KMU Ettingen feiert einen runden «Geburtstag».

KMU-Dorffest in Ettingen



Die Ettinger KMU sind gespannt auf das Jubiläumfest im August.

Grosse Ereignisse werfen ihre Schatten voraus: Nach den diesjährigen Sommerferien wird Ettingen im Bann eines dreitägigen Dorffestes stehen, an das sich die Region noch lange mit grosser Freude erinnern soll. Durchgeführt wird das Fest von der örtlichen Gewerbeorganisation KMU Ettingen aus Anlass ihres 25-jährigen Bestehens, das sie in diesem Jahr feiern kann.

Das Jubiläums-Dorffest 2011 stand denn auch im Mittelpunkt der Generalversammlung, die kürzlich im Ettinger Feuerwehrmagazin abgehalten wurde. Wie in den vergangenen Jahren üblich eröffnete KMU Ettingen Anfang Februar den jährlichen Generalversammlungs-Reigen der Baselbieter Gewerbevereine. Präsident **Andreas Brodmann** konnte neben einer stattlichen Anzahl Vereinsmitglieder auch Delegationen benachbarter und befreundeter Gewerbevereine begrüssen.

«Festmeile» vom 19. bis 21. August

Mit über fünfzehn gemütlichen und originell eingerichteten «Festbeizli», mit einem vielfältigen Unterhaltungsprogramm, Kinderattraktionen, unterschiedlichen Events und Wettbewerben soll sich der Ettinger Dorfkern vom 19. bis 21. August in eine

grosse Festmeile verwandeln. Seit 25 Jahren versteht sich die sehr aktive örtliche Gewerbeorganisation als Bindeglied «für ein Miteinander zwischen den Firmen und den Einwohnern von Ettingen».

Die Vorbereitungen sind in vollem Gang. Bereits seit dem letzten Jahr bereitet ein «topmotiviertes» dreizehnköpfiges OK-Team diesen Grossanlass vor. Mit einem breit angelegten Sponsoring-Konzept wird versucht, ein Unterhaltungsprogramm der Superlative auf die Beine zu stellen. Der ambitionierte Wunschkatalog an Darbietungen reicht von bekannten Musikbands, über Sumo-Ringen, Improvisationstheater und nostalgische Postkutschen-Fahrten bis zu einem veritaublen Feuerwerk.

Wirtschaftskammer unterstützt Gewerbevereine

Landrat **Christoph Buser**, Leiter KMU-Förderung der Wirtschaftskammer Baselland, zeigte sich beeindruckt von den Ettinger Aktivitäten.

Der kantonale Dachverband in Liesetal habe natürlich ein grosses Interesse an engagierten Mitgliedern und fördere deren engagierte Tätigkeit auch nachhaltig. In diesem Zusammenhang wies Buser auch auf die Lehrstellen-Kampagne der Konferenz der Baselbieter Gewerbevereine (KGIV) hin, die in diesem Jahr gestartet wird und welche gerade die örtlichen Sektionen bei der Schaffung von Lehrstellen aktiv unterstützen soll.

Christoph Buser gratulierte darüber hinaus den KMU Ettingen zu ihrem Jubiläum und versicherte dabei, dass die Wirtschaftskammer Baselland die diesjährigen Jubiläumsaktivitäten in Ettingen begleiten werde. Diese Ankündigung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der GV gerne entgegengenommen.



Präsident **Andreas Brodmann**.

Wechsel im Vorstand

Nach langjähriger Vorstandstätigkeit stellten sich **Sibylle Muntwyler** – mit elf Amtsjahren war sie die Dienstälteste des bisherigen Leitungsteams – und **Felix Frey**, der in den vergangenen Jahren die Detaillisten vertreten hat, nicht mehr der Wahl in den Vorstand.

Präsident **Andreas Brodmann** bedauerte diese Rücktritte sehr und verabschiedete die beiden Vorstandsmitglieder mit einem Geschenk. Als Nachfolgende wurden **Manuela Däbler** und **Sylvia Wenger** in den Vorstand von KMU Ettingen gewählt. MWB.



